

Heinz Wewer

Postalische Zeugnisse zur deutschen Besatzungsherrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren

HENTRICH
& HENTRICH

7 Einleitung

9 Dank

11 Das Protektorat Böhmen und Mähren

- 11 Die Tschechoslowakische Republik, ein demokratischer Vielvölkerstaat
- 12 „Sudetenkrise“ und Münchner Abkommen
- 16 Flüchtlinge
- 19 Nutznießer der deutschen Aggression
- 21 Zerschlagung der „Rest-Tschechei“ und Errichtung des Protektorats
- 25 Protektoratspost und Deutsche Dienstpost
- 27 Beginn des Terrors
- 29 Proteste der Studenten
- 30 Konzentrationslager
- 35 KZ-Außenlager auf dem Boden der ehemaligen Tschechoslowakei
- 37 Politische Justiz
- 40 Gestapo-Gefängnisse
- 45 Das Gefängnis Kleine Festung Theresienstadt
- 49 Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben
- 50 Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag
- 57 Deportationen
- 60 Der Völkermord an den Roma
- 62 Internierungslager
 - Postelberg (Postoloprty) 62/Bistritz bei Beneschau (Bystřice u Benešova) 63/
Hagibor 63/Svatoborschtz (Svatobořice) 64/Eibenschitz (Ivančice) 65
- 65 Indienstnahme der Wirtschaft und der Arbeitskräfte
- 67 Terror, Kollaboration und Widerstand
- 70 Lidice und Ležáky
- 71 Das Ende der Besatzungsherrschaft
- 74 Nach der Befreiung

77 Zwangsarbeit

- 77 „Reichseinsatz“
- 79 Zwangsarbeit und Rassismus
- 80 Teilnahme der Zwangsarbeiter am Postverkehr
- 83 Paketpost
- 84 Eine fast vergessene Opfergruppe
- 85 Totaleinsatz. Tschechische Zwangsarbeiter in Berlin
- 87 Wohnlager und Betriebe
- 93 Fundsachen

97 Ein tschechischer Zwangsarbeiter in Berlin

Gespräch mit Zdeněk Hrnčíř

101 Theresienstadt. Durchgangsstation zur Vernichtung

- 101 Postverhältnisse in Theresienstadt bis zur Schließung des Postamtes
- 103 Entstehung und Funktionen des Ghettos
- 104 Vom Internierungslager zum Ghetto
- 107 Deportationen nach Theresienstadt
- 110 Osttransporte
- 112 Die Zwangsgemeinschaft
- 113 Außenkommandos
- 116 Die „Freizeitgestaltung“
- 117 Eine Potemkinsche Inszenierung
- 120 Postverhältnisse
- 122 Zensur und Evidenz
- 123 Schreibvorschriften
- 128 Postwege im Briefverkehr
 - Briefverkehr zwischen Ghetto und Prag mit Umgebung 128/Briefverkehr zwischen Ghetto und Protektoratsgebiet außerhalb Prags 129/Briefverkehr zwischen Ghetto und Reichsgebiet 132/Briefverkehr zwischen Ghetto und Ausland 135
- 136 Einschreibsendungen und Sendungen mit Rückschein
- 139 Paketpost
 - Pakete aus dem Protektorat 140/Pakete aus dem Reichsgebiet und dem Ausland 144/Sammelsendungen 145
- 150 Bilanz in Zahlen

152 Zwischen Brundibár und Auschwitz-Transporten

Gespräch mit Eva Herrmannová

159 Das Theresienstädter Familienlager Auschwitz-Birkenau

- 159 Transporte aus Theresienstadt
- 160 Die „Briefaktion des RSHA (Juden)“
- 167 Pakete
- 169 Das Familienlager in der Strategie Heinrich Himmlers

172 Im Theresienstädter Familienlager Auschwitz-Birkenau

Gespräch mit Dagmar Lieblová

177 Anmerkungen

- 191 Tabelle: Ghetto Theresienstadt. Bestimmungen zum Briefverkehr der Insassen – Perioden
- 192 Glossar einiger philatelistischer Begriffe
- 193 Ortsnamen deutsch/tschechisch
- 194 Nachweis der Abbildungen
- 195 Quellen und Literatur
- 202 Personenregister
- 205 Über den Autor

Das Protektorat Böhmen und Mähren

Die Tschechoslowakische Republik, ein demokratischer Vielvölkerstaat

Am 28. Oktober 1918 proklamierte der Tschechoslowakische Nationalausschuss in Prag die Tschechoslowakische Republik.¹⁸ Der Nationalausschuss war ein nach dem Schlüssel der Parlamentswahlen von 1911 gebildetes Gremium, dem Tschechen und Slowaken angehörten. Der Proklamation vorangegangen war die Anerkennung des Tschechoslowakischen Nationalrates in Paris durch die dort tagenden Siegermächte. Der Nationalrat hatte unter der Leitung des Philosophie-Professors Tomáš Garrigue Masaryk und seines Schülers Edvard Beneš international den Anspruch der Tschechen und Slowaken auf einen eigenen, souveränen Staat vertreten. Am 13. November 1918 wählte der zur Revolutionären Tschechoslowakischen Nationalversammlung erweiterte Nationalausschuss Masaryk zum Staatspräsidenten. In der Regierung übernahm Beneš das Amt des Außenministers. (Nach dem Rücktritt Masaryks im Jahr 1935 wurde Beneš dessen Nachfolger als Präsident.)

Der Staat gab sich am 29. Februar 1920 eine demokratische Verfassung, und er blieb eine parlamentarische Demokratie in einer kulturell und wirtschaftlich hoch entwickelten Gesellschaft bis zur Zerschlagung der „Rest-Tschechei“ durch die deutschen Nationalsozialisten am 15. März 1939. Bis zu ihrem gewaltsamen Ende durch den deutschen Expansionismus stellte die Tschechoslowakei die einzige stabile Demokratie im östlichen Mitteleuropa dar. Der moralisch und politisch hoch angesehene Staatspräsident Masaryk galt als Garant der Demokratie und der Minderheitenrechte. Auch seinem Einfluss ist es wohl zu verdanken, dass die tschechische Politik im Vergleich zu den anderen mitteleuropäischen Staaten in den zwanziger und der ersten Hälfte der dreißiger Jahre von Antisemitismus relativ frei blieb.¹⁹ Allerdings dominierten in der Zweiten Tschechoslowakischen Republik, die sich nach der Annexion des Sudetenlandes durch NS-Deutschland in Tschecho-Slowakei umbenannte, autoritäre und antisemitische Tendenzen.²⁰

Bedeutende Teile der deutschen Minderheit standen loyal zum Staat und zur Demokratie. Die stärkste Kraft unter den republiktreuen deutschen Parteien war die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP). Deren bekanntester Vertreter war Wenzel Jaksch (1896–1966), von 1929 bis 1939 Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament und 1938 letzter Vorsitzender der DSAP.

Die Tschechoslowakische Republik setzte sich aus den Ländern Böhmen, Mähren, Schlesien, Slowakei und Karpatoukraine zusammen. Der aus den Trümmern des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn entstandene Staat war selbst ein Vielvölkerstaat. Die Tschechen und Slowaken bildeten als Tschechoslowaken das Staatsvolk. Minderheiten waren Deutsche, Ungarn, Karpatoukraner (Ruthenen), Juden, Polen, „Zigeuner“ und einige andere.²¹ Versuche der deutschen Bevölkerungsgruppe, unter Berufung auf das vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson verkündete Prinzip der Selbstbestimmung in den Gebieten, in denen sie eine Mehrheit bildete, eine politische Vereinigung mit Österreich (damals „Republik Deutsch-Österreich“) herzustellen, wurden von der tschechoslowakischen Regierung mit Waffengewalt verhindert, was die Entente-Mächte durch die Ablehnung einer Volksabstimmung legitimierten.²² Die Zuordnung der deutsch besiedelten Gebiete zur Tschechoslowakei wurde mit dem Friedensvertrag von St. Germain zwischen der Republik Österreich und den Entente-Mächten besiegelt, der am 5. November 1919 in Kraft trat.²³

In der Verfassung von 1920 wurde den Minderheiten die Gleichberechtigung innerhalb der Republik garantiert. Den Juden gestand die Verfassung ausdrücklich das Recht zu, sich als Nationalität zu deklarieren. Dies entsprach dem Wunsch der zionistischen Fraktion unter den Juden, kam aber auch dem Interesse der tschechoslowakischen Regierung entgegen, den Anteil der Juden, die sich zur deutschen oder ungarischen Nationalität bekannten, möglichst gering zu halten.²⁴ Die Option „jüdische Nationalität“ wurde auch in die offizielle Statistik eingeführt.

In der Volkszählung von 1930 (der zweiten nach 1921) wurden rund 14,48 Millionen Bürger der Tschechoslowakischen Republik gezählt. Diese verteilten sich wie folgt auf „Nationalitäten“:

Tschechen	7.406.493
Deutsche	3.231.688
Slowaken	2.282.277
Ungarn	691.923
Karpatorussen	549.169
Juden	186.642
Polen	81.737
Zigeuner	32.209
Rumänen	13.004
Sonstige	4.423
Insgesamt	14.479.565²⁵

In der Volkszählung konnten die durch ihre Religion definierten Juden sich einer „jüdischen Nation“ oder einer der anderen nationalen Gruppen zuordnen. Diese Eigenheit hat Verwirrung gestiftet und selbst einen der angesehensten tschechischen Historiker dazu verleitet, in einem angesehenen Nachschlagewerk die Zahl der in der Tschechoslowakei gemäß Volkszählung von 1930 lebenden Juden mit 186.000 anzugeben.²⁶ Diese Zahl ist natürlich viel zu niedrig angesetzt. Angemessen wäre es, für die Zahl der Juden das Kriterium Religionszugehörigkeit zugrunde zu legen. Im Jahr 1930 betrug diese Zahl 356.830,²⁷ bezogen auf die Wohnbevölkerung, nicht auf die Staatsbürger.

Die „Glaubensjuden“ verteilten sich nach der Volkszählung von 1930 auf das Gebiet des späteren Protektorats (also ohne die Slowakei und die Karpatoukraine) wie folgt:

Böhmen	76.301
Mähren und Schlesien	41.250
Insgesamt	117.551²⁸

Nach einem Bericht der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag betrug die Zahl der Juden am 15.3.1939, dem Tag des deutschen Einmarsches in das künftige Protektorat Böhmen und Mähren, 118.310.²⁹ Nach demselben Bericht ist sie zum 1.10.1941 auf 88.105 gesunken. Hierbei sind die Auswanderung mit 25.679 und der Sterbeüberschuss mit 4526 Personen berücksichtigt. (Meine Rechnung ergibt 88.195, H.W.). Eichmann nennt in seinem Protokoll der Wannsee-Konferenz, das wohl auf Dezember 1941 zu datieren ist, eine Zahl von 74.190 Juden im Protektorat.³⁰ Offenbar hat Eichmann in seiner Zahl die „Abgänge“ durch Deportationen berücksichtigt, was die Zentralstelle in ihren Zahlen, die vermutlich von der Jüdischen Gemeinde stammten, nicht ge-

tan hatte. Bereits im Oktober 1939 waren aus Mährisch-Ostrau 1501 Juden nach Nisko und zwischen dem 16. Oktober und dem 16. November 1941 aus Prag und Brünn 6000 Juden in das Ghetto Litzmannstadt beziehungsweise nach Minsk deportiert worden,³¹ und im November und Dezember 1941 waren 7365 Juden aus Prag und Brünn nach Theresienstadt verschleppt worden.³² Zieht man die Zahl der Deportierten (14.866) von 88.105 ab, so kommt man auf 73.239, also der Größenordnung nach den Angaben Eichmanns.

„Sudetenkrise“ und Münchner Abkommen

Im Programm der gewaltsamen Aneignung von „Lebensraum“, das Adolf Hitler den höchsten Repräsentanten des Militärs und der Außenpolitik des Dritten Reiches am 5. November 1937 in der Reichskanzlei vortrug, standen die Tschechoslowakei und Österreich an erster Stelle der Angriffsziele. „Zur Verbesserung unserer militär-politischen Lage“, wird Hitler in der Hoßbach-Niederschrift zitiert, müsse es „unser 1. [so im Original, d. Verf.] Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten.“³³ Durch „eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen“ könnten „Nahrungsmittel für 5–6 Millionen Menschen“ gewonnen werden.³⁴ Der Überfall auf die „Tschechei“ müsse „blitzartig schnell“ erfolgen.³⁵

Hier klingen bereits die wichtigsten Motive des späteren Vorgehens gegen die Tschechoslowakei an: Verbesserung der strategischen Ausgangsbasis für eine kriegerische Konfrontation mit den Großmächten, Gewinnung wirtschaftlicher Ressourcen, Vertreibung der Bevölkerung und Ansiedlung von Deutschen, Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Annexion sowie Besetzung in einer überfallartigen Operation. Obwohl der Kriegsminister Werner von Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres Werner von Fritsch und der Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath wegen der militärischen und außenpolitischen Risiken Bedenken gegen die Aggressionspläne äußerten, traf Hitler alle Vorbereitungen, um nach der kampflosen Besetzung Österreichs am 12. März 1938 und der nachfolgenden Annexion die „tschechische Frage“ zu lösen, notfalls unter Anwendung militärischer Gewalt.

Der Hebel hierzu war die deutsche Minderheit, die vorwiegend in den meist vereinfachend als Sudetenland bezeichneten Randgebieten der Tschechoslowakei angesiedelt war. Nach der Niederlage Österreich-Ungarns waren diese Gebiete, wie erwähnt, im Frieden von St. Germain vom 10. September 1919 gegen den Widerstand eines substanziellen Teils der deutschen Bewohner der Tschechoslowakei zugeordnet worden. Ein großer Teil der deutschen, aber auch der ungarischen und polnischen Minder-

heit wollte sich von Anfang an nicht mit dem Staat identifizieren und strebte eine Revision des Friedensvertrages an.

Die Kräfte in der deutschen Minderheit, die die Zuordnung zum tschechischen Staat ablehnten, sammelten sich zunächst in der Deutschen Nationalpartei und der Deutschen Nationalsozialistischen Partei. Um dem drohenden Verbot wegen nationalsozialistischer Tendenzen zu entgehen, gaben diese den Status als Partei auf. An ihre Stelle trat eine Sammlungsbewegung, die am 1. Oktober 1933 von Konrad Henlein (1898–1945), dem Leiter des Sudetendeutschen Turnerbundes, gegründete Sudetendeutsche Heimatfront. Die Heimatfront verfolgte zunächst, ob aus Überzeugung oder aus Opportunismus steht dahin, eine staatsloyale, gemäßigte Politik der Interessenvertretung der deutschen Minderheit.³⁶ Die Organisation wurde 1935 in die Sudetendeutsche Partei (SdP) umgewandelt. Sie erhielt bei den Wahlen sofort 68 Prozent der in den deutsch besiedelten Landesteilen abgegebenen Stimmen. Die Partei begann sich zu radikalisieren, sie erhielt Unterstützung von der NSDAP, und ab 1937 vertrat sie offen eine Politik, die den Anschluss der deutsch besiedelten Gebiete an das Deutsche Reich zum Ziel hatte. Durch Aufnahme des Antisemitismus in ihr Programm stellte sie in einem wesentlichen Punkt die Übereinstimmung mit der NSDAP her. Zum Aufstieg der SdP hatten offenbar sowohl die unter den Sudetendeutschen hohe Arbeitslosigkeit als auch Diskriminierungsmaßnahmen der tschechischen Regierung gegenüber der deutschen Minderheit beigetragen.³⁷

Henleins mit Hitler abgestimmte Taktik war, immer wieder unerfüllbare Forderungen in der Nationalitätenfrage zu stellen. In enger Abstimmung miteinander forderten beide zunächst das Selbstbestimmungsrecht für die Sudetendeutschen und schließlich die Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei. Nach Gerüchten über deutsche Truppenkonzentrationen zur tschechischen Grenze ordnete die tschechische Regierung am 20. Mai 1938 die Teil-Mobilisierung an. Am folgenden Tage ging die SdP, die jetzt 1,3 Millionen Mitglieder zählte, mit rund 90 Prozent der sudetendeutschen Stimmen aus den Gemeindewahlen hervor. In der neu gefassten Weisung „Grün“ vom 30. Mai 1938 bekräftigte Hitler seinen „unabänderlichen Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.“³⁸

Nach Provokationen der Henlein-Partei, in der jetzt fanatische Nationalsozialisten wie Karl Hermann Frank den Ton angaben, verhängte die Prager Regierung das Standrecht im Sudetengebiet und verbot am 16. September die SdP. Henlein und seine Leute flohen nach Deutschland. Vom reichsdeutschen Territorium aus gab Henlein den Aufruf „Wir wollen heim ins Reich“ heraus. Zugleich terrorisierten die in Deutschland aufgestellten und



Abbildung 1
Mobilmachung abgesagt. Tschechoslowakischer Feldpostbrief an eine Feldpost-Adresse. Mit Zensur vom 15.10.38 und Feldpoststempel vom 16.10.38. Zurückgeschickt mit Stempeln P. P. ZRUŠENA (Feldpost aufgehoben) und ZPĚT (zurück).

von dort aus operierenden Sudetendeutschen Freikorps die tschechoslowakischen Grenzgebiete.³⁹ Die „Sudetenkrise“ drohte in einen Krieg umzuschlagen. In der Münchner Konferenz vom 29./30. September 1938 gestanden Frankreich, Großbritannien und Italien dem Deutschen Reich die Annexion der deutsch besiedelten Randgebiete der ČSR zu. Mit dieser Entscheidung, zu der die tschechoslowakische Regierung nicht befragt wurde, war zunächst der Friede gewahrt. „Peace in our time“ verkündete der britische Premierminister Neville Chamberlain als Ergebnis seiner Politik des Appeasement.

Der Einmarsch der deutschen Truppen in das Sudetenland begann am 1. Oktober 1938, die tschechoslowakischen Truppen mussten sich bis zum 10. Oktober zurückziehen. Die Teil-Mobilisierung sowie die Demobilisierung in der ČSR werden von der Abbildung 1 anschaulich gemacht. Es handelt sich um einen Feldpost-Briefumschlag, der einen Stempel der tschechoslowakischen Militärzensur vom 15.10.1938 und einen Feldpoststempel vom 16.10.1938 trägt. Er ist an eine Militäreinheit adressiert. Die tschechoslowakische Feldpost versah den Umschlag mit den tschechischsprachigen Stempel-Vermerken „aufgehoben“ und „zurück“ und schickte ihn zurück.

Am 14. April 1939 wurde die Sudetenregion zum größten Teil als Reichsgau Sudetenland mit Konrad Henlein als Reichskommissar, ab 1. Mai 1939 als Reichsstatthalter und Gauleiter, konstituiert. Gebiete im Südwesten und Süden wurden den Gauen Bayerische Ostmark, Oberdonau und Niederdonau zugeschlagen, das



Abbildung 2
„Siegesstempel“. Postkarte ab Asch, Poststempel 1.12.38 mit der Parole
„Wir sind frei!“, Porto 15 Pf nach Porto Alegre, Brasilien.

„Hultschiner Ländchen“ kam ab dem 1. April 1939 als Landkreis Hultschin zum Landkreis Ratibor in der preußischen Provinz Schlesien.

Die Grenzziehungen im Gefolge des Münchner Abkommens beraubten die Tschechoslowakei, die sich jetzt als Tschecho-Slowakei bezeichnete, lebenswichtiger Ressourcen. Das Land verlor 70 Prozent der Schwerindustrie, 66 Prozent der Kohlevorkommen, 80 Prozent der Textilerzeugung und 70 Prozent der Elektrizitäts-erzeugung. Neben 40 Prozent des Nationaleinkommens büßte der Staat 4,75 Millionen Menschen ein, darunter knapp drei Millionen Sudetendeutsche, aber auch Tschechen, Slowaken, Ungarn und Polen.⁴⁰

Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung des Sudetenlandes begrüßte die deutschen Truppen als Befreier.⁴¹ In Asch, Karlsbad, Konstantinsbad, Niklasdorf, Reichenberg-Maffersdorf und Rumburg ließ die Sudetendeutsche Partei tschechische Briefmarken und Ganzsachen mit Hakenkreuzen und Parolen überdrucken und an den Postschaltern dieser und der umliegenden Orte verkaufen.⁴² Viele Postämter wandelten ihre Tagesstempel durch Hinzufügung von Hakenkreuzen und Parolen zu so genannten Sieges- und Befreiungstempeln um.⁴³ Die Postkarte Abbildung 2 nach Porto Alegre, Brasilien, trägt einen „Siegesstempel“ aus der Stadt Asch vom 1.12.1938 mit dem Text „Wir sind frei!“. Im Sudetenland galten nun, wie auf dieser Postkarte dargestellt, die Briefmarken der Deutschen Reichspost. Die Auslandskarte ist portorichtig mit 15 Pfennig freigemacht.

Im Postverkehr zwischen dem Deutschen Reich einerseits und der Tschechoslowakei und den übrigen Nachfolgestaaten der k. u. k. Monarchie andererseits sowie zwischen diesen Staaten galten reduzierte Tarife für Briefe und Postkarten. In Deutschland betrug das reduzierte Porto für Postkarten in diese Länder 10 statt 15 Pfennig, für Briefe 20 statt 25 Pfennig. Nach der Einverleibung durch das Deutsche Reich war das Sudetenland, von der Tschechoslowakei aus gesehen, Ausland. Es galt also das reduzierte Auslandsporto. Ein Beispiel hierfür ist der Brief aus Karlsbad Abbildung 3. Aufgrund der politischen Spannungen zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei unterlag die Post aus dem Deutschen Reich der tschechischen Zensur, daher der einzeilige Stempel CENSUROVÁNO.

Für eine Übergangszeit vom 1. bis zum 20. Oktober 1938 konnten in dem annektierten Gebiet die Postwertzeichen der

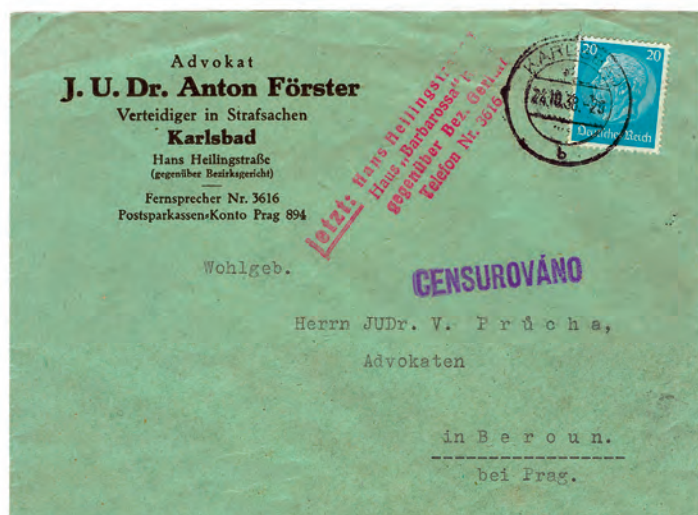


Abbildung 3
Brief ab Karlsbad, 24.10.38 nach Beroun bei Prag, reduziertes Auslandsporto 20 Pf, tschechische Zensur.



Abbildung 4
Tschechoslowakische Ganzsache 50 Heller mit deutscher Briefmarke 6 Pf (Mischfrankatur) ab Braunau nach Nachod. Mit „Befreiungstempel“ Braunau.

Tschechoslowakei weiterverwendet werden. Danach waren nur noch die Marken des Deutschen Reiches frankaturgültig.

In der Übergangszeit waren auch Mischfrankaturen zwischen tschechischen und deutschen Wertzeichen zulässig. Die tschechoslowakische Ganzsache 50 Heller mit Zusatzfrankatur 6 Pfennig Hindenburg (Abbildung 4) ist ein Beispiel einer Mischfrankatur. 50 Heller entsprachen 5 Reichspfennig. Um das erforderliche reduzierte Porto von 10 Pfennig zu erreichen, wäre eigentlich nur eine Zusatzfrankatur von 5 Pf erforderlich gewesen; die Karte ist also leicht überfrankiert. Dafür ist sie mit einem „Befreiungsstempel“ Braunau nach Nachod „echt gelaufen“.⁴⁴ Dies ist keine Selbstverständlichkeit, denn viele Stempel dieser Zeit, insbesondere die auf Inlandspost, sind so genannte Gefälligkeitsstempel, die ihre Existenz nicht einem „Bedarf“, sondern dem Interesse von Sammlern verdanken. Man kann sich vorstellen, dass Oldřich Jirásek die mit der Dokumentation der deutschen Besetzung des Sudetenlandes versehene Postkarte seines Geschäftspartners Josef Richter, Obst-Südfrüchte, mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen hat.

Aus Anlass der Abstimmung am 4. Dezember 1938 über die Zugehörigkeit des Sudetenlandes gab die Reichspost die Sonderpostkarte Abbildung 5 mit dem Text WIR DANKEN UNSERM FÜHRER heraus.

Nicht alle Bewohner des Sudetenlandes fühlten sich vom nationalsozialistischen Deutschland befreit. Schon vor dem Einmarsch der Deutschen hatten sudetendeutsche SA- und SS-Trupps begonnen, Juden und exponierte Demokraten zu terrorisieren. So beschreibt Eva Herrmannová in dem Zeitzeugen-Gespräch, das in diesem Buch veröffentlicht ist, wie das Haus in Troppau, in dem sie und ihre Eltern wohnten, schon vor dem 1. Oktober 1938 von SA-Trupps attackiert wurde. In einigen Orten kam es zu Kämpfen zwischen tschechischem Militär und Freikorps der SdP. So wechselte das Postamt Niklasdorf zwischen dem 22. und dem 27. September 1938 mehrfach den Besitzer.⁴⁵

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht wurden zunächst Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet. Mitglieder der SdP und der NSDAP, in welche die SdP am 11. Dezember 1938 aufging, zeigten offen ihren Antisemitismus. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 steckten NS-Trupps im Sudetengau ebenso wie im Reichsgebiet zahlreiche Synagogen in Brand, zum Beispiel in Marienbad, Reichenberg, Jägerndorf, Brüx, Falkenau und Komotau,⁴⁶ auch in Troppau, wie auf dem bisher nicht veröffentlichten Foto Abbildung 6 zu sehen.

Korrespondenten des Sozialdemokratischen Pressedienstes berichteten von Ausschreitungen gegen Juden und Tschechen. Juden wurden drangsaliert, verhaftet, ihres Eigentums beraubt und in vielen Fällen über die Grenze in die Rest-Tschechoslowakei



Abbildung 5
Annexion des Sudetengebietes. Sonder-Bildpostkarte mit der Parole WIR DANKEN UNSERM FÜHRER.



Abbildung 6
Der 9. November 1938 im Sudetenland. Die brennende Synagoge von Troppau. Privates Foto.

oder nach Polen getrieben. Jüdische Firmen wurden enteignet und in das Eigentum „arischer“ Betriebe überführt. So sicherten sich die Reichswerke Hermann Göring in Zusammenarbeit mit der Dresdner Bank das Vermögen und die Kohlebergwerke der Ignatz-Petschek- und Weinmann-Gruppen. Wie im Reichsgebiet bemächtigten sich NS-Funktionäre des Haus- und Grundbesitzes von Juden. Im Mai 1939 war die Zahl von ursprünglich etwa 30.000 jüdischen Bewohnern des Sudetengebietes durch Vertreibung und Flucht auf 2341 gesunken.⁴⁷ Fast alle aus dem Sudetengau geflüchteten und vertriebenen Juden haben ihre Heimat praktisch mittellos verlassen.

Flüchtlinge

Da nach der Annexion Österreichs und des Sudetenlandes die Zahl der Flüchtlinge, unter ihnen viele Juden, stark angestiegen war und sich zugleich die Gefahr abzeichnete, dass NS-Deutschland den verbliebenen Teil der ČSR besetzen würde, entfalteten die Hilfsorganisationen und einige Einzelpersonen eine fieberhafte Aktivität, um die politischen und die jüdischen Flüchtlinge wie auch die tschechischen Juden und exponierten Demokraten außer Landes zu bringen. Die jüdische Organisation für Flüchtlingshilfe HICEM⁴⁸ bemühte sich in einer weltweiten Korrespondenz verzweifelt um Passagen und Einreiseerlaubnisse.⁴⁹ Wegen seines internationalen Status war allein Schanghai ohne große bürokratische Hürden erreichbar. Die Postkarte aus Schanghai (Abbildung 7) wurde von dem deutschsprachigen Kurt Reitler an seine Eltern in Prag geschickt. Reitler gehörte zu den etwa 4000 jüdischen Flüchtlingen, die aus der Tschechoslowakei nach Schanghai gelangten. Seine Herkunft aus der Tschechoslowakei wird aus dem Text der Karte deutlich. Es heißt dort:

„Liebe Eltern!

[...] Donnerstag kam Paul Kohn hier an [...] So viele Prager kamen mit ihm hier an, aber keiner konnte mir Nachricht von Euch bringen [...]"

Die tschechischen Flüchtlinge, die Schanghai erreicht hatten, konnten nach einem zeitgenössischen Bericht noch vor Ausbruch des japanisch-amerikanischen Krieges bis auf 350 in die USA weiterreisen.⁵⁰

Nicht alle Flüchtlinge aus dem von Deutschen besetzten Sudetenland wurden in der Rest-Tschechoslowakei, in der rechtsnationalistische Parteien die Regierung übernommen hatten, und in Polen mit offenen Armen empfangen. Auch in diesen Ländern flammte der Antisemitismus auf.

Wolf Gruner berichtet über zahlreiche antijüdische Initiativen privater und staatlicher Stellen der Tschecho-Slowakei. So hätten nach einem Zeitungsbericht mehr als 20 Ärzte- und Juristenverbände gefordert, „Juden und Halbjuden die Berufsausübung nur in Ausnahmefällen zu gestatten und dies auf ihren Anteil an der Bevölkerung zu begrenzen.“⁵¹ Die Regierung habe schon am 22. Dezember 1938 die Beurlaubung der jüdischen Professoren der deutschen Karls-Universität und der beiden Technischen Hochschulen in Brünn und Prag sowie mit Wirkung vom 1. Januar 1939 die Beurlaubung aller jüdischen Lehrpersonen an deutschen Lehranstalten von den Volksschulen bis zu den Universitäten beschlossen.⁵² Diese antijüdischen Initiativen seien aus eigener Motivation, nicht erst aufgrund des Gespräches vom 21. Januar 1939 zwischen Hitler und dem tschecho-slowakischen Außenmi-

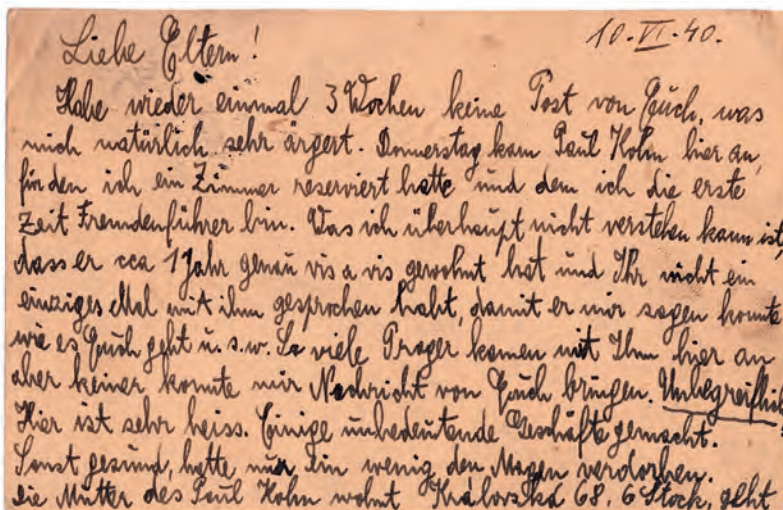


Abbildung 7
Fluchtpunkt Schanghai. Chinesische Ganzsache mit Zusatzfrankatur von Kurt Reitler an seinen Vater in Prag. Poststempel Shanghai, 10.6.40. Mit Postzensur der Auslandsbriefprüfstelle Berlin.